

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Veronika Matiasek, Wolfgang Kieslich und Ing. Udo Guggenbichler, MSc betreffend „Wiener Klimaschutzgesetz – keine finanzielle Mehrbelastung“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 18.10.2022 zu Post 15

Wie der Tageszeitung „Die Presse“ vom 14. Oktober 2022 zu entnehmen ist, arbeitet Herr Stadtrat Czernohorszky derzeit an einem Wiener Klimaschutzgesetz.

Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes sind wichtig, dürfen jedoch nicht zu einer finanziellen Mehrbelastung für die Bevölkerung führen. Die Vorhaben im Wiener Klimafahrplan würden nach aktuellem Stand jedoch zu einer solchen Mehrbelastung führen. Ein Wiener Klimaschutzgesetz sollte vorsehen, dass finanzielle Belastungen durch Klimaschutzmaßnahmen nur dann vorzunehmen sind, wenn mindestens im gleichen Ausmaß finanzielle Entlastungen für die Bevölkerung vorgesehen sind.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat fordert den amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Jürgen Czernohorszky auf, dass das kommende Wiener Klimaschutzgesetz verpflichtend vorsieht, Klimaschutzmaßnahmen nur in jenem Ausmaß umzusetzen, sodass sie zu keiner finanziellen Mehrbelastung für die Bevölkerung führen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.